

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Belegpreis
Für alle monatlich bis postpaid
Preisung 1,10 bis einschließlich
3,50 Mk. nach die Post 3,25 Mk.
einmal. Postlaufgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungsbefehl
„Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unvollständig eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Handdruck mit zweifarbigen
Saale-Beitung“ gestrichelt.
Gesamtdruck der Schriftleitung Nr. 1140
der Postverteilung Nr. 1142
der Saale-Beitung Nr. 1133;
Verlagskonto Leipzig 4693.

Weggehen
wenn die Götterwelt
oben beim Mann mit 30 Jhr.
betritt und in unsere Mannesjahre
und allen Tugenden befreit an-
genommen. Welchen die Zeit 1. Mrz.
Sollt der Vorgesetzte Mann sein.
11 Uhr. In der Sommerzeit
abends 6 Uhr. — Abteilungen von
Vorgesetzten. (siehe folgendes
Jah, müssen schriftlich erfolgen.
Erhalten täglich zweimal.
Sonntags und Montags entnah.
Schriftleitung und Haupt-Verlags-
stelle. Halle, Gr. Braunschweiger-
str. 24. 11.
Verlagskonto Leipzig 4693.

Nr. 16

Halle, Mittwoch, den 5. April

1916.

Alle Gegenangriffe bei Douaumont gescheitert.

44 französisch-englische, 14 deutsche Flugzeuge im März abgeschossen.

Abflauen der niederländischen Krise?

In einem Bericht aus dem Haag an die „T. N.“ vom 4. April heißt es: Nach Verhandlung der ersten auf der Tagesordnung stehenden Frage wurde der Antrag, die Verhandlung auszuschieben, eingebracht, um die politische Lage zu besprechen. Darauf erhob sich der holländische Ministerpräsident und sagte: Die politische Lage ist nicht mehr so ernst, als das deshalb die Verhandlung der laufenden Angelegenheiten unterbrochen werden müßte.

Die „T. N.“ meint, durch diese Erklärung bestärkte sich die Annahme, daß sehr ernste Ereignisse nur wenigen Tagen vor sich gingen, doch jedoch die Gefahr vorläufig als überwindlich angesehen werden könne. Die Gefahr sah etwa folgendermaßen aus:

c. B. Auf der Pariser Konferenz wurde beschloffen: eine Operation größeren Stils gegen die belgische Küste zur Entlastung Verbündeten, wobei auch eine Ueberbreitung holländischen Gebietes als gerechtfertigt erachtet wurde. Darin liegt die Ursache der für England völlig überraschenden Maßnahmen Hollands.

So meldet man dem „Hamburger Fremdenblatt“ im Anschluß an die „Daily News“, die es ja wohl wissen müssen. Zur Erklärung der holländischen Regierung heißt es in einem Notendruck-Bericht des „S. T.“, die Regierungserklärung mache keineswegs einen beruhigenden Eindruck. Sie habe im Gegenteil wieder die wilden Gerüchte entfestet. In den getriebenen Abendzeitungen hieß es die große Erregung, welche die Regierungserklärung hervorgerufen hat, nicht wider. Alle sind sich darin einig, daß bedeutende Ereignisse zu befürchten sind, wenn auch nicht in kurzer Frist. — Nach der „Vollst.“ bestätigen die Meldungen über das Ergebnis der geheimen Kammerführung im Haag in Berlin den Eindruck, daß die von der holländischen Regierung getroffenen Maßnahmen keineswegs mit einer Wendung in den Beziehungen zu Deutschland in Verbindung stehen. Diese seien andauernd gut.

Hollands Protest gegen die widerrechtliche Beschlagnahme von Paketen.

WTB. Haag, 5. April.
Das Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht diplomatische Schriftstücke über die Beschlagnahme von Briefposten auf Uebersee-Dampfern durch die englischen Behörden. Darin sind abgedruckt die an die englische Regierung gerichtete Note vom 18. Debr. 1915, in der Holland gegen die Beschlagnahme von Briefkästen protestiert, und die Note vom 12. Januar 1916, die in Beantwortung der von England eingelaufenen Antwort auf die Note vom 18. Dezember an die englische Regierung gerichtet wurde. Am 1. April 1916 überreichte die Gesandten Englands und Frankreichs im Namen ihrer Regierungen ein Memorandum, in dem auch die Beschlagnahme von Postpaketen zur Sprache gebracht wurde. In Verbindung hiermit bemerkt der Minister des Auswärtigen, daß die holländische Regierung nicht die Absicht teilt, das durch den Haager Vertrag bestimmte Unverletzlichkeit der Ueberseepost auch die Paketpost einzuführen. Die holländische Regierung hat nur dann Protest eingelegt, wenn die Beschlagnahme der Pakete im Widerspruch zu den Rechten der Kriegführenden ständen hat, soweit diese Güter betreffen, die auf neutralen Ueberseepaketen befördert wurden. Die holländische Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die Bezeichnung „Correspondance postale“ im Haager Vertrag auch Sendungen von Effekten, Kupons und andere Wertpapiere umfaßt. Die Kriegführenden dürften derartige Sendungen deshalb unter keinen Umständen antasten, und der Minister des Auswärtigen erludt denn auch um Zurückgabe der von den englischen Behörden beschlagnahmten Papiere dieser Art.

Die allgemeine Lage in Holland.

T. U. Haag, 4. April. Obwohl die Anruhe beim Publikum sich ziemlich gelegt hat, greifen doch allerlei Maßnahmen Platz, die darauf hinweisen, daß die allgemeine Lage für Holland augenblicklich nicht mehr so sicher ist, wie man seit einigen Monaten angenommen hat. Nur über die Frage was vorliegt, ist man außerhalb eines ganz kleinen Kreises von stehenden Eingeweihten noch immer im Unklaren. Weber die Presse noch die Volksvertreter wissen etwas Bestimmtes und jede neue Maßnahme der Behörde oder halbamtlicher Körperschaften reizt die Unruhe aufs Neue. So haben die Niederländischen Staatsbehörden alle Verordnungen außerhalb der Stadt, wo man angefallen ist, rückgängig gemacht. Auch das Nichtausfahren mehrerer Hochdampfer wird als symptomatisch angesehen, da die Fahrt nach den jüngsten Regierungsmaßnahmen als nicht erheblich gefährlicher angesehen ist, als sie bereits war. Nur heute und Mittwoch wird diese Woche eine Ueberseepost ausgehen, die außerdem noch über England geht.

Ämtliche Meldung der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. April.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe in den Argonnen und im Maas-Gebiet dauern in unermüdlicher Festigkeit fort. Die Lage ist nicht verändert. Sinks der Maas hinderten wir die Franzosen an der Wiederbesetzung der Wälder nordöstlich von Saucourt. In der Gegen der Feste Douaumont sind auch gestern vor unseren Linien südwestlich der Feste und unseren Stellungen im Nordteil des Cailletewaldes wiederholte Gegenangriffe des Feindes blutig zusammengebrochen.

An der lothringischen und elsassischen Front führten unsere Truppen mehrere glückliche Patrouillenunternehmungen durch.

Ergebnis der Luftkämpfe an der Westfront im März:

Deutscher Verlust: Im Luftkampf 7 Flugzeuge, durch Abschuß von der Erde 3 Flugzeuge, vermißt 4 Flugzeuge, im ganzen 14 Flugzeuge.

Französischer und englischer Verlust: Im Luftkampf 38 Flugzeuge, durch Abschuß von der Erde 4 Flugzeuge, durch unfreiwillige Landung 2 Flugzeuge. Innerhalb unserer Linien im ganzen 44 Flugzeuge.

25 dieser feindlichen Flugzeuge sind in unsere Hand gefallen; der Abbruch der übrigen 19 ist einwandfrei beobachtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Im Frontabschnitt zwischen Narocz und Wisniewiec verklärte die russische Artillerie ihre Feuer.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 5. April.

Ämtlich wird gemeldet: Lage überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hüfer, Feldmarschallleutnant.

Unser Erfolg im Cailletewalde.

c. B. Berlin, 5. April. Der Kriegsbildungsleiter der „T. N.“ meldet aus dem Großen Hauptquartier unterm 4. April: Wie ich schon gestern herangezogen habe, erfolgen seit dem 31. März nach heftiger Artillerievorbereitung im Abschnitt von Douaumont—Dorf Baum Tag und Nacht andauernde erbitterte Kämpfe Mann gegen Mann. In der vergangenen Nacht haben unsere todesmutigen Truppen bei intensivstem Artilleriefeuer und trotz härtesten Widerstandes mit beispielloser Energie und Ausdauer im Hin- und Herbewegenden Kampf mehrere hart besetzte französische mit Maschinengewehren besetzte Stellungen im Cailletewalde nacheinander im Sande genommen und den Gegner weiter in den Wald zurückgedrängt. Die etwa 1 Kilometer lange und 300 Meter breite Waldpartelle liegt südlich der Feste Douaumont auf einer von tiefen Hohlwegen umgebenen etwa 280 Meter hohen hohen lichten Berggruppe, die im Norden von dem Wege Fort Douaumont—Dorf Baum begrenzt wird und sich bis zu dem am Westausgang von Dorf Baum gelegenen See erstreckt. Nicht allein die natürlichen Schwierigkeiten, sondern auch die überaus feurigere angelegten Hindernisse haben unsere energisch vordringenden Truppen trotz des mörderischen feindlichen Feuers heftig überwinden. Alle mit immer größerer Kraftanstrengung wiederholten französischen Versuche, die verlorenen Stellungen und Verteidigungsanlagen wieder zu erobern, scheiterten an dem jähem Widerstand unserer Feldgrauen. Die Zahl der bei Baum am 31. März gemachten unverwundeten Gefangenen hat sich durch die Gefangenen im Cailletewalde auf 30 Offiziere und 1465 Mann erhöht. Die Zahl der eroberten Maschinengewehre ist auf 13 angewachsen.

Die neuen deutschen Erfolge geben die Franzosen zu, indem sie ihre Stellungen neuerdings vom See von Baum durch den Cailletewald hindurch südlich von Feste und Dorf Douaumont gerade in ihre alten Stellungen lassen.

Englands Not.

„Englands Lebensnerve“, so sagte man früher, „ist der Suezkanal, der Seeweg nach Indien.“ Doch der Seeweg nach Indien führt ja auch ums Kap herum. Die Entfernung ist weiter, die Kapfahrt gefährlicher, aber — was ist, geht's zur Not wohl auch so.

Auch Ägyptens Verlust könnte England verschmerzen. Schmer freilich. Doch es geht immerhin, wenn ihm Indien, Kanada und Australien bleiben. England würde mit dem Suezkanal und Ägypten ein Glied verlieren und das müßte natürlich auch das Allgemeinbefinden seines Wirtschaftskörpers unangenehm beeinflussen, lebensfähig aber würde dieser Körper bleiben. Und wir haben — mag man die Hilfstruppen der englischen Kolonien auch nicht übermäßig hoch einschätzen — gesehen, daß die Kraft dieses Körpers recht groß ist. Die Kanadier und Australier, denen man noch vor wenigen Jahren Unabhängigkeitserklärungen nachlagte, haben sich geradezu für englische Interessen aufgeführt und die Indier sind von der englischen Regierung gepörrt worden, während England selbst an Menschen verhältnismäßig nur wenig preisgab und seine vielgenannte Millionenarmee noch immer in der Reserve hält.

England wollte im Vertrauen auf diese freiwilligen und unfreiwilligen Opfer seiner Hilfskräfte und seiner Verbündeten, die ja im Grunde auch nichts anderes sind als Waisenkinder Englands, den Krieg zu Ende führen bis zur völligen Erschöpfung Deutschlands. Man will freilich — darauf deutet schon die Pariser Wirtschaftskonferenz hin — eingesehen haben, daß England noch weniger als der Vierbund einen zanzigjährigen Krieg aushält, aber England könnte — selbst nach einer Niederwerfung Frankreichs, die selbstlos auch Rußland und Italien zum Aufgeben eines ausichtslosen Kampfes zwingen würde — geteilt auf seine Kolonien, nach lange Widerstand leisten, wenn es noch — wie zur Zeit des ersten Napoleon — auf seiner Insel und auf den Seefahrtsstraßen sicher wäre.

Der U-Bootkrieg aber hat die Seefahrtsstraßen dem englischen Handel fast ungangbar gemacht. Seit dem 1. März sind über 120000 Tonnen englischen Schiffsraumes verminnt. Englands Gesamttonnage im Seehandel betrug am 1. Januar 1913 12,6 Millionen Registertonnen. England ist sicherlich nicht in der Lage, den Verlust von 1 Proz. seines Schiffsraumes im Kriegsdruck Neubauten zu ersetzen und erleidet daher im Unterseebootkrieg eine harte Einbuße an wirtschaftlicher Kraft. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die englische Schiffsflotte aus der Zeit vor dem Unterseebootkrieg veraltet ist, da man wertvolles Schiffsmaterial nicht und tauglich in den Häfen verrotet, um es nicht dem Angriff deutscher U-Boote auszuliefern. England ist trotz seines notorischen Reichtums auch finanziell nicht in der Lage, den Krieg 20 Jahre auszuhalten, weil es keine Einfuhr nicht lange mehr bezahlen kann, nachdem seine Fabriken nicht mehr für die Ausfuhr arbeiten können und London aufgehört hat, der Banquier der Welt zu sein. Aber England kann immerhin noch längere Zeit den Krieg aushalten als Frankreich, Rußland und Italien, wenn es nicht im eigenen Land getroffen werden kann.

Die Zeppeleinflüge nach England haben jedoch gezeigt, daß es töricht von England wäre, auf die Unangreifbarkeit seines Zuflandes zu vertrauen. Ebenjot wie 6 Zeppeleinflüge nach für Nacht hinüberfahren, ganz England nach Gefallen überfliegen und seine Fabriken, militärischen Anlagen und Werften zerstören konnten, ebenjot können 40, 60, ja 100 Luftschiffe die Fahrt machen und Englands militärischen, maritimen und zivilen Widerstand in wenigen Stunden zu zermürben, daß Englands Herz zum Stillstand kommen müßte, wenn es durch die Luftangriffe Nacht für Nacht bedroht wird.

So steigt die Not in England. Was Graf Zeppelin vorausgesetzt, geht in Erfüllung. Die Luftschiffe als Waffe gegen England gewinnen an Gewicht mit jedem Tag. Es werden — wenn nicht ausschlaggebend im Kampf mit England — im Einbakt sicher noch Bedeutung sein, da sich in den bisherigen Fahrten zeigte, daß die Ueberwachungsflotte nicht imstande sind, die Operationspläne der Luftschiffe zu füren und ihnen nennenswerten Abbruch zu tun.

Wir bebauern den Verlust des 2. 15 und die Gefangenennahme seiner braven Mannschaft; auf den Schaden jedoch richtig einzuschätzen, müssen wir uns verwegemüßigen, daß der Verlust von 40 Zeppelein an Mannschaften und Materialwert noch nicht den Verlust eines modernen Großkampfschiffes aufwiegt. Die Zeppelein-Waldis sind im Kampf gegen England daher nicht nur ein sehr wirksames, sondern erst einmal unsere Luftschiffe über ihre ganze Kraft entfalten, dann werden sie der Flotte und dem Landheer gründlich vorarbeiten und mit ihrer Hilfe kann Deutschland Englands Lebensader wirklich treffen, wo sie zu treffen ist: in England selbst.

Booster in einer englischen Pulverfabrik: 200 Todesopfer.

London, 4. April. (Medung des Vorkommens.) Nach einer Mitteilung des Munitionministers drach Ende der Woche in einer Pulverfabrik in Kent ein großes Feuer aus, das mehrere Explosionen verursachte und das ungefähr 200 Opfer forderte. (Brand durch eine Zeppelinbombe? Red.)

Der englische Bericht.

WTB. London, 4. April. Amtlicher Kriegsbericht: Gestern sah ein unserer Flugzeuge ein deutsches Flugzeug hinter unseren Linien südlich von Coudebe ab. Führer und Beobachter sind tot. Heute war die Artillerie auf beiden Seiten tätig bei Coudebe, Angres, St. Eloi und Ypern. Einige Miniertätigkeit bei Neuville, St. Vaast, Hulluch und der Hofenloferkanne.

Italien.

Am Jugo.

Der Militärminister des Corriere della Sera" stellte fest, daß die Österreichische Offensive sich in immer besterem und ausgedehnteren Ausmaß fortsetzt. Seit dem 28. März nehme die Wucht der Angriffe und die umfänglichen Verluste der Österreichischen auf der ganzen Front zu. (C.M.)

Truppenverschiebungen in Norditalien.

Bern, 5. April. Das Berner „Intelligenzblatt" meldet aus der römischen Regierung nachstehenden Kreisen, daß auf der Pariser Konferenz unter anderem beabsichtigt worden sei, zahlreiche französische Flugzeuge in der Nähe an die italienische Front zu entsenden, um Italien eine Aktion gegen die besetzten österreichischen Städte zu ermöglichen. Als Gegenleistung habe Italien an die französischen Fabriken Arbeitsträfte zu liefern. Laut einer Meldung aus Lugano finden zurzeit große Truppenverschiebungen in Norditalien statt.

Besetzung in Rom.

Bern, 5. April. Nach einer Meldung von „Secolo" hat die Nachricht von den militärischen Maßnahmen Hollands in politischen und diplomatischen Kreisen Roms einige Bestürzung erregt. Auf der Consulta herrschte großer Verdruss. Der französische und russische Botschafter, sowie der holländische und griechische Botschafter sprachen vor. Eine mögliche Stellungnahme Hollands gegen den Vervand, so meint „Secolo", wäre gar nicht entscheidend, aber gefährlich. „Giornale d'Italia" sagt, die holländischen Maßnahmen seien nichts anderes als eine Folge der neuen von England eröffneten Forderungen politik.

Der italienische Bericht.

WTB. Rom, 5. April. Amtlicher Kriegsbericht vom 4. April: Längs der ganzen Front Tätigkeit der Artillerie auf beiden Seiten, am lebhaftesten zwischen dem Lagarine- und dem Suggano-Tal und auf den Höhen nordwestlich von Görz. In der Nacht zum 3. April wurden keine Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Rauffel (Monte Cristallo) und auf dem Mt. di Br. (Monte Nero) abgewiesen. Feindliche Flugzeuge verlustlos hartnäckig Einbrüche in unser Gebiet, wurden aber durch das Feuer unserer Batterien und Gegenangriffe unserer Flugzeuge vertrieben. Einem Flugzeug gelang es, zwei Bomben auf Bassano zu werfen, die jedoch nur geringen Schaden anrichteten. Eines unserer Caproni-Flugzeuge war eine schwere Bombe auf Grazenberg (Görz) und rief einen Brand hervor.

Der Seekrieg.

37 englische Schiffe in wenigen Tagen versenkt.

C. B. Kopenhagen, 5. April. Die „Politiken" meldet, daß in den allerletzten Tagen außer mehreren neutralen Schiffen 29 englische große Schiffe und acht Segelschiffe versenkt wurden. Dadurch sind neuerdings 60 401 Tonnen Frachtaum der Schifffahrt Englands entzogen worden. Die Wasser in Christiania erhielten von der britischen Regierung die Mitteilung, daß in Anbetracht des Mangels an Schiffsraum und der gesteigerten Nachfrage nach Kohlen vom 25. April an kein Schiff mehr Kohlenlast erhält, das aus Norwegen, Schweden und Dänemark mit Ballast ankommt.

Das Wiener Neue Welt-Blatt meldet aus Christiania: Nach einer Zusammenstellung in den Blättern ist der gesamte Schiffsraum der englischen Handelsflotte von 19 540 268 Tonnen bei Kriegsbeginn bis 1. Februar d. J. auf 17 940 000 Tonnen zurückgegangen. Das entspricht einem Verlust von 1,6 Millionen Tonnen oder mehr als 8 v. H.

Weitere U-Boottote.

Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Aufstellung des Marine-Inspektors sind im Monat Februar und März 37 französische Dampfer als überflüssig gemeldet.

Amerika in U-Boots-Verlegenheiten.

WTB. New York, 5. April. (Durch Funkdruck.) Washingtoner Nachrichten des „New York American" besagen, die Bemühungen der Feinde Deutschlands, die Vereinigten Staaten wegen des „Sulley"-Zwischenalles mit Deutschland in einen Konflikt hineinzutreiben, würden in Marinekreisen als äußerst angelegen. Man weiß darauf hin, daß, wenn das Torpedo eines Unterseebootes den Bug der „Sulley" getroffen hat, wie die französischen und britischen Meldungen behaupten, der Dampfer umgedreht ist und die Rüste erziehen konnte. Man ist auf Grund des ihm vorliegenden Materials durchaus nicht sicher, daß die „Sulley" torpediert worden ist; die Vermutung von der Versenkung durch eine Mine ist nicht abgetan. Marineoffiziere, die ihre Meinung betragen, weisen darauf hin, daß es Tatsache ist, daß der „Sulley" getroffen ist, was die Bestätigung nahelegt, daß er auf eine Mine fiel.



Der Feldzug gegen Wilsons Politik.

Die Kongreßmitglieder Page und Kitchin gegen den Präsidenten.

Wie der New Yorker „Sun" meldet, hat der demokratische Kongreßabgeordnete von Nord-Karolina, Page, der Bruder des amerikanischen Botschafters Walter S. Page in London, an seinen Wahlkreis ein offenes Schreiben gerichtet, in dem er aus Opposition gegen die auswärtige Politik Wilsons auf seine Kandidatur zu einer Wiederwahl in den Kongreß verzichtet. Diese Nachricht erregte in parlamentarischen und politischen Kreisen Washingtons großes Aufsehen, denn Page galt als eine der führenden Persönlichkeiten des Kongresses und war Mitglied des Budget-Ausschusses. In seinem Schreiben und in mündlichen Äußerungen sagte Page u. a.: „500 Millionen Dollar-Anleihe, die amerikanischen Kapitalisten für England befristet haben mit Einwilligung der Regierung, hat den letzten Schimmer und Schein einer Neutralität in den Vereinigten Staaten zerstört und wird uns wahrscheinlich in den Krieg verwickeln, denn nichts ist wahrer als der Spruch: Wo dein Saß ist, da ist auch dein Verdruss." Dabei ist es noch ganz und gar von den Kriegsgewinnen aus den Lieferungen von Material und Munition ab. Ich habe weder irgendeine wirtschaftliche Neigung für irgendeine Seite und bin ausschließlich proamerikanisch in meinen Gefühlen. Ich will mein eigenes Gewissen nicht betäuben noch meine Hände mit dem Blute meiner Landsleute befeuchten. Ich bin nicht des Glaubens, daß ein amerikanischer Bürger auf der Ausübung eines abstrakten formalen Rechtes bestehen sollte. Die im Frieden seines Vaterlandes gefährdet kann. Wenn ich meine Stimme gegen die Resolution der Warnung abgeben würde, so läde ich damit die Verantwortlichkeit für den Tod aller derjenigen Amerikaner auf mich, die in Ermangelung einer solchen Warnungresolution ihr Leben bei der Zerstörung eines der bewaffneten Schiffe der Kriegsmarine verlieren könnten. Ich kann es nicht über mein Gewissen bringen, diese Verantwortlichkeit für auch nur ein einziges amerikanisches Menschenleben auf mich zu nehmen und meine Hände indirekt mit amerikanischem Blut zu befeuchten. In dieser ganzen Frage bin ich im Besitz von Tatbestandmaterial, über das eine partielle Presse das amerikanische Volk in Unwissenheit gehalten hat. Es verleiht im Zusammenhang damit, daß auch der Kongreßabgeordnete Kitchin von Nord-Karolina, der Führer der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus, sein Mandat niederklegen will, weil er mit der Regierungspolitik in auswärtigen Angelegenheiten und fast allen anderen wichtigen Fragen, die den Kongreß gegenwärtig beschäftigen, durchaus nicht einverstanden ist.

Amerikas Schritt ins eigene Feilich.

Das „New Wiener Tageblatt" meldet aus Kopenhagen: Nach New Yorker Berichten haben die nordamerikanischen Munitionsbereitner der Regierung in Washington mitgeteilt, daß sie infolge Überakung mit ausländischen Kriegsausrücker und infolge Mangelns an den erforderlichen Rohstoffen für die Waffentätigkeit der amerikanischen Armee eine lange Lieferfrist beanspruchen müssen. Auch die Durchführung des nordamerikanischen Flottenprogramms leidet unter denselben Ursachen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Vierverbandsminister auf Reisen.

C. M. Lugano, 4. April. Die „Stampa" teilt mit, daß Salandra den Besuch Asquiths vermutlich gleich nach Schluß der Kammertragung in London erwidern wird. Zu dem Festessen im Hotel Excelsior hatte man nach dem gleichen Blatt ursprünglich die Führer der parlamentarischen Gruppen der Kammer einladen wollen. Da aber die Wahl eine zu unbestimmte und schwierige gewesen wäre, so beschloß man, alle ehemaligen Minister zu laden. Infolgedessen befanden sich auch G. C. C. unter den Geladenen, der jedoch nicht erschienen, und einige Führer seiner Partei, wie die Abgeordneten Schaner und Celsimo, die an dem Wahl teilnahmen. Unter den Gästen befand sich auch der einst viel genannte frühere Unterstaatsminister Mannina.

Der heresetische Jaz.

Der russische General Adrianow, der wegen eines gegen die Deutschen im Jahr 1915 veranfaßten Wagnisses zur Disposition gestellt worden war, wurde durch einen Unfall des Jazens reaktiviert. Adrianow wurde zur persönlicher Dienstleistung zum Jazens kommandiert.

Griechische Anleihebemühungen.

T. U. Bukarest, 5. April. Hier eingetroffenen Meldungen zufolge, hat die griechische Regierung erneut Verhandlungen wegen Aufnahme einer 150 Millionen-Anleihe mit den Entente-Mächten angeknüpft.

Beunruhigende Nachrichten aus Tunis?

C. B. Konstantinopel, 4. April. „Dama" erfährt auf Umwegen aus Tunis, daß eine Abordnung unter der Führung Saïd Zmaels in das Innere des Landes gelangt worden sei, um die Stimmung der eingeschlossenen Bevölkerung zu studieren. Der Bericht sagt, daß die Stimmung eine sehr erregte sei, da die Araber es mit den Senulais halten. Tunis erscheine bedroht, man müsse recht viele Truppen zusammenziehen, weil sonst ein Aufbruch unermehlich sei.

Der Heresetat im Reichshaushalt-Ausgleich.

Berlin, 4. April.

Der Reichshaushaltsausgleich des Reichstages letzte heute die Beratung des Heresetoranschlages fort. Ein Zentrumsgesandter verlangte angemessene Entschädigung für Explosionschäden, die durch Kriegsmassnahmen entstanden. Die Erhöhung der Steuerpreise im Januar habe viel Mißbilligung verursacht, insbesondere in den Kreisen derjenigen kleineren Landwirte, die schon im Oktober und November abgeleitet hatten. Der Kriegsminister erklärte, daß Explosionen bedauerlicherweise gelegentlich vorkommen, und zwar infolge unvorhergesehener Unglücksfälle. Die Verantwortlichkeit unter den Beschädigten sollen eine Borentschädigung erhalten. Endgültige Regelung dieser Frage ließe sich nach aus. Die Erhöhung der Steuerpreise war zur Sicherstellung der Verpflegung der Armeeperiode notwendig. Der Reichsgesandter fügte hinzu, daß eine nachträgliche Mehrzahlung für die früher geleisteten Lieferungen nicht gewährt werden könne. Bei der Neuregelung der Kriegserlösen seien die Wünsche derjenigen Offiziere und Beamtenstellvertreter, die ihr volles Einkommen beziehen, herabgesetzt worden, was gerechtfertigt erscheine. Ein Nationalabgeordneter trug Beschwerden über die Befolgsregelung der Offiziere und Beamtenstellvertreter und der Derätzte vor. Aus den Clappen könnte man Verzte in die Heimat entlassen, wo ein Verzemamt bestelie. Die Befolgs- und Beförderung der Apotheker bedürfte gleichfalls einer Reform. Es sei nicht gerechtfertigt, die Beamtenstellvertreter überhaupt nicht zu befördern. Der Leiter der Medizinalabteilung erwiderte, daß die Beförderung der Derätzte den Vorschriften gemäß geregelt sei. Zurückerstattung eingezogener Verzte in die Heimat sei, soweit möglich, erfolgt und das Bedürfnis danach solle auch weiter geprüft werden. Ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion wies darauf hin, daß der Kriegsminister die Zuzahlung von Gewerkschaftsleistungen verweigert habe, daß aber in einzelnen Generalammbos, besonders in Stettin, nicht immer demgemäß verfahren werde. Auf Urlaubbefehlwerden diese Redners erwiderte der Kriegsminister, daß die Bemiligung von Urlaubsgeldungen Sache der betreffenden Truppenteile sei und das Kriegsministerium nur allgemeine Richtlinien stellen könne. Ein Redner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verbreitete sich über die nach seiner Auffassung geschuldige Zurückweisung eines Abgeordneten an der schwebeligen Genue. Dieser Redner erklärte, daß die Art der Antwort des Kriegsministers verbiten zu müssen. Der Kriegsminister antwortete, daß er jederzeit zu sachlicher Prüfung und Beantwortung sachlicher Beschwerden bereit sei. Wenn aber von Abgeordneten Vorwürfe gegen Offiziere erhoben werden, die sich hier nicht verteidigen können, so sei der Minister berechtigt und verpflichtet, sie gebührend zurückzuweisen. Ein konservativer Abgeordneter wies die Vorwürfe der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegen das Offizierskorps zurück und erklärte, daß die Herabsetzung der Gehälter der hohen Offiziere finanziell nur minimalen Verlust haben würde. Die Erhöhung der Steuerpreise sei gar nicht so bedauerlich. Der Kandidat wurde nicht alles ausgelassen. Es liege also gar kein böser Wille des Zurückhaltens vor. Nachdem der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft noch gegen die Ausführungen des konservativen Redners polemisiert und den Vorwurf zurückgewiesen hatte, daß er und seine Freunde mehr die Interessen der Ausländer und des Auslandes verträten, kam man zur Abstimmung. Die Resolutionen Stücken (Soj.) auf Lohnserhöhung, feste Urlaubsgewährung, Verringerung des Besoldungsbereiches und Umordnung der Dienstzeit bei den zum Wehrdienst ausgehobenen freiwilligen Krankenpflegern wurden abgelehnt; gleichfalls abgelehnt wurden die Anträge Stücken auf Vererbung der über 45 Jahre alten Soldaten hinter der Front und auf Gewährung von Gratifikationen liant Protogel Abgelehnt wurde auch die sozialdemokratische Resolution auf eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung in den Reichsbetrieben, soweit es noch nicht geschehen ist. Angenommen wurden die Resolutionen Kogalla von Bieberstein (Konl.) auf Begünstigung des freigegebenen Leders für Schuhmacher, Annahmen und Ausnahmefälle, ferner auf Abkürzung von militärischen Väterien in Gefangenengärten und Aufhebung bereits erdichteter; Erberger (Ztr.) auf weitere Beförderung von Landstürmen zu Offizieren. Abgelehnt wurde die Resolution Braun (Deutsche Fraktion) auf Beförderungsmöglichkeit für die Beamtenstellvertreter. Gleichfalls abgelehnt wurden die Resolutionen Dr. Vogt (Soj. Arbeit.) auf Verlegung einer Statistik über die militärgeschichtliche Tätigkeit, Herabsetzung der Kriegserlösberechnung, Entlassung von Vätern, deren Ehre bereits dienen, und Reform des Besoldungsbereiches und der Militärkassenprojektorium. Auf Antrag Erberger (Ztr.) wurden die für New, Um- und Ergänzungsbauten geforderten 179 000 M. für den Neubau von Magazinen in Vobornen bestimmt. Damit war der Heresetat erledigt und es folgte die Beratung des Voranschlags des Reichsmarine-Amtes. Berichterhalter ist Adg. Dr. Pfleger (Ztr.); die Beratung V und nach vertraulich.

Die Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegrammgebühren.

Berlin, 4. April.

Die Steuerkommission des Reichstages legte am Dienstag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegrammgebühren fort. Der Staatssekretär des Reichspostamts erklärte, daß es unmöglich sei, die Postarten und die Briefe unverteuert zu lassen. Wenn aber nicht gleichzeitig der Fernsprechverkehr verteuert würde, so würde die Postverteuerung zu seiner Überlastung führen. Der Staatssekretär verliest Forderungen der einzelnen Parteien aus älteren (monographischen) Berichten, um zu beweisen, daß der Reichstag früher diese Ansicht geteilt habe; er unterbricht dann seine Ausführungen, da der Vorsitzende ihn darauf aufmerksam macht, daß der Antrag Graf Garmer (sonst), der alle Briefe um 5 Pf. Postarten um 5 Pf. und das Telegrammwort um 2 Pf. verteuern will, zurückgezogen sei. Ein Fortschrittler erklärt, daß der Antrag Graf Garmer wenigstens eine Reihe anderer Erhöhungen erpart hätte und empfiehlt eine Erhöhung bei den Postarten und Briefen um je 3 Pf. Die Winderentnahme würde ausgeglichen durch einen geringeren Rückgang des Polizeiverkehrs; es würde auch die Umwanderung zum Brief zur Postkarte verschindert werden. Ein Sozialdemokrat begrüßt die dankenswerten Bemühungen des Abgeordneten Müller-Guba (Str.), unangenehme Beresforden überflüssig zu machen. Der Reichspostsekretär legt gegenwärtig der Regierung, die Vorläufige Müller-Gubas zu diskutieren. Wert darauf, daß zunächst die vorgeschlagenen Steuern durchbetrieben werden. Eine Korrektur liegt ihm in der zweiten Lesung vornehmen. Wir brauchen Steuern aller Art. Die fortschrittliche Vorläufige ergibt nicht den erwünschten Betrag. Der zu erwartende Beresforden liegt mit 5 Prozent gering gering vor. Ein Zentrumsabgeordneter meint, daß der Staatssekretär zu knapp gerechnet habe. Der fortschrittliche Vorläufige wolle die Spannung zwischen Brief und Karte, zwischen Fern- und Ortsverkehr nicht zu groß werden lassen. Die Grundlagen des Umsatztempels auf Waren seien nur ganz allgemein, übrigens solle dieses Projekt nur die Launigen steuer einbringlich machen. Alle Parteien müßten an den neuen Steuergebühren mitarbeiten. Einen abledenden Standpunkt könne niemand einnehmen. Inzwischen ist der fortschrittliche Antrag Wiemer und Gesonnen eingegangen, Postarten und Briefe um 3 Pf., Druckfächer um 2 Pf., die Telegraphengebühren statt um 20 um 10 Prozent und das Telegrammwort um 2 Pf. zu erhöhen, wobei die letztere Erhöhung bei jedem Telegramm mindestens 10 Pf. betragen müßte. Zu dem nationalliberalen Antrag auf einheitliche Reichspostwertzeichen erklärt das Reichspostamt, das Bayerns Nejeratrich hierdurch aufgehoben würde. Diese Frage zu erörtern sei jetzt nicht die Zeit und die praktische Bedeutung einheitlicher Postwertzeichen wäre heute sehr gering. Ein Sozialdemokrat erwidert, daß die Einführung der Marken in Württemberg die Staatshöchheit nicht ins Bedenken gebracht habe. Ein Sozialdemokrat weist auf die Fahrkartensteuer hin, die den Verkehr der Eisenbahnen vermindert hat. Man dürfe den Rückgang nicht nur auf 5 Prozent veranschlagen. Er lehne Steuern ab, die lediglich Befähigung und keine Erhöhung der Reicheinnahmen brächten. Ein konservativer erklärte es für unmöglich, den Wünschen des Vereins deutscher Zeitungsverleger auf Ermäßigung der Fernspreife für die Presse Rechnung zu tragen. Weisheit ginge dies jedoch bei den Telegrammen an. Der Staatssekretär lehnt das ab und erklärt sich gegen einen Zentrumsantrag, der Ausnahmen für die kleine Fachpresse wünscht. Vom Reichspostamt wurde darauf hingewiesen, daß der englische Generalpostmeister die Presseferlege verteuert hat. Im Fernsprechverkehr gäbe es in keinem Lande eine Bevorzugung der Presse; es lasse sich gar nicht kontrollieren, was ein Pressegespräch sei. Ein Zentrumsantrag will Druckfächer, die an beiden Seiten offen sind, unverteuert lassen. Bei der Abstimmung wird auf Antrag der bürgerlichen Parteien der folgende Abgabentarif, ebenso das ganze Gesetz in erster Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen: Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr um 3 Pf., auch Postkarten 3 Pf., Druckfächer 2 Pf., Patete bis 5 Kilogramm und 75 Kilometer Entfernung 5 Pf., auf weitere Entfernung 10 Pf., Patete über 5 Kilogramm und bis 75 Kilometer 10 Pf., Patete über 5 Kilogramm auf alle weiteren Entfernungen 20 Pf., Telegramm das Wort 2 Pf., mindestens 10 Pf., pro Telegramm. Nachschreibungen 5 Pf., Telefonverbindungen, auch Nebenanschlüsse um 10 Prozent, Fernspreife 10 Prozent, Fernspreife, Postwertzeichen und Schecks abgabenfrei. Der Gesamtvertrag soll rund 190 Millionen Mark betragen. Die Abstimmung ergab die bereits mitgeteilten Beschlüsse.

Deutsches Reich.

Wieder eine große Sitzung im Reichstage.

a. B. Berlin, 5. April. Der Reichstag tritt bekanntlich heute nachmittag um 3 Uhr zusammen, um mit der zweiten Sitzerberatung zu beginnen. An die Spitze gestellt sind diesmal die Etats für den Reichstanzler und die Reichsanstalt, für das Auswärtige Amt sowie für Meer und Marine. Da eine Rede des Reichstanzlers angekündigt ist, darf man wieder einmal einer großen Sitzung entgegensehen. Im Anschluß an den verantwortlichen Leiter unserer Reichspost werden die Führer der Parteien zu Worte kommen.

Unerkündete Anträge.

a. B. Berlin, 5. April. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat nach dem „Vorwärts“ für das künftige folgende Anträge eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, aus dem Herrn Reichstanzler folgende Erklärung zu rufen: Auch für den Unterseebootskrieg haben die Bestimmungen des Völkerrechts zu gelten, insbesondere darf der räuberische

Interseebootskrieg, also die warnungslose Torpedierung von Handels- und Passagierschiffen gemindert und neuerlicher Staaten unter keinen Umständen zur Anwendung gebracht werden. Der Reichstag ermächtige, daß der Reichstanzler scheinungslos durch Einleitung von Friedensverhandlungen eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen sucht. Eigentlich sollte man es für unmöglich halten, daß Leute in reifen Jahren derart unbegriffliche Gebanken nicht nur haben, sondern sie sogar auch noch aussprechen wagen!

Haases Friedensentwurf.

Der Führer der sozialdemokratischen Minderheit wird jetzt von den früheren Parteigenossen befehligt, durch den falschen Vorwurf, die Reichsregierung habe ernsthaft englische Friedensentwürfe abgelehnt, Zwierrat in die eigenen Kreise gezogen zu haben.

Daß englische Friedensangebote niemals gemacht worden sind, hat der Reichstanzler wie der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes feierlich versichert. Die Tatsachen, auf die Haase sich beruft, sind nun die folgenden:

Bei dem Pazifistentreffen in Holland hatte ein niederländischer Beamter sich erboten, eine Friedenskommision zu übernehmen. Dieses Anerbieten mußte aber deutscherseits abgelehnt werden, da der betreffende Beamte weder von der englischen noch auch von der holländischen Regierung irgendwelche Autorisation zu seinem Vorhaben besaß. Wäre die Reichsregierung auf die Sache eingegangen, dann hätte sie ihrerseits durch eine Privatperson der britischen Friedensangebote gemacht, was selbstverständlich gänzlich ausgeschlossen war.

Mitglieder des Pazifistentreffens haben sich dann nach London begeben und sind mit dem bekannten Kriegsgegner Burns Trovettan, Mac Donald u. a. in Verbindung getreten. Sie erklärten aber die kategorische Antwort, zunächst müßte Belgien bedingungslos geräumt werden, ehe überhaupt von irgendwelchen Verhandlungen die Rede sein könnte.

Dieser Sachverhalt war Herrn Haase in allen Einzelheiten bekannt, denn der Unterstaatssekretär Zimmermann hatte ihn zu sich gehen und ihm völlige Aufklärung gegeben. Trotzdem ist Herr Haase bei seiner Behauptung geblieben, deutscherseits seien ernsthaft englische Friedensangebote abgelehnt worden. So kam es, daß die von Haase getauften sozialdemokratische Partei in sich verzagt und gespalten wurde. Herr Lebebour, der auch auf die Homische Friedensentwürfe hingewiesen war, hat die lokale Erklärung abgegeben, daß nach den Regierungserklärungen die Sache erledigt sei. Aber in der sozialdemokratischen Presse werden Zweifel geäußert, ob auch Herr Haase sich jetzt entschließen werde, seine Friedensentwürfe nunmehr in ihren Gatt zu sperren.

Das radikalsozialdemokratische Groß-Berlin.

Der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin — außer den sechs Berliner Wahlkreisen gehören dazu die beiden Wahlkreise Teltow-Beesow und Niederbarnim — hat am Freitag mit 42 gegen 28 Stimmen eine Resolution angenommen, welche besagt:

„Der Zentralvorstand billigt die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und verpflichtet sich, sie tatkräftig und in jeder Weise zu unterstützen. Nach der Aberkennung der Fraktionsrechte wird die Schaffung einer von der Fraktionsmehrheit unabhängigen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft das einzige Mittel, den gemäßigteren sozialdemokratischen Abgeordneten die pflichtgemäße Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse zu ermöglichen.“

Der Zentralvorstand erwartet von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, daß sie sich unbesümmert um Angriffe und hinterhe Verächtigungen energisch freimacht von allen ... Semungen und allein die ... Richtschnur ihres Handelns sein läßt.

Der Zentralvorstand verurteilt aufs allerheftigste die Art, wie Genosse Haase aus dem Parteivorstand gedrängt wurde, und spricht der Mehrheit des Parteivorstandes das Recht ab, den Vorliegenden zur Überlegung des ihm von der Gesamtpartei übertragenen Amtes zu nötigen.

Der Zentralvorstand richtet an die Kontrollkommission des Erläuter, Genossen Haase wieder zum Vorsitzenden der Partei zu wählen. — Vom Genossen Ernst erwartet er, daß er in diesem Sinne in der Kontrollkommission wirkt.“

Von den Abgeordneten des Bezirks haben nur Robert Schmidt und Braun gegen die Resolution gestimmt. Gesefit haben vier Abgeordnete des Bezirks: Mannius, Haenisch, Hirsch, Viehnecht. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Hirsch, hat dem „Vorwärts“ eine Erklärung gesandt, aus der dieser entnimmt, daß er gegen die Resolution gestimmt hätte.

Die Gewerkschaften zur Frage der Spaltung.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften schreibt: „Nachdem der Parteiausschuß die Erklärung abgegeben hat, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar sei mit den Grundbüssen des Organisationsstatuts, das nur die eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt, ergibt sich für die Gewerkschaften die einzige Konsequenz, die nur mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Willkommen vom Jahre 1906 getroffen haben.“

Zur Einführung der Fleischkarte in Sachsen. Die Verordnung über die Einführung der Fleischkarte im Königreich Sachsen ist im Ministerium des Innern fertiggestellt. Danach sollen, wie aus Dresden gebracht wird, auf den Kopf der Bevölkerung an den nichtfleischlosen Tagen 150 Gramm entfallen, also 750 Gramm wöchentlich. Indessen erhält diese Fleischmenge nur befristete, der auch Knochenbelegte mit in Kauf nimmt. Wer für sich reines „hochwertiges Fleisch verlangt, wird voraussichtlich nur 75 oder 80 Gramm beanspruchen dürfen. Womit soll nach dem gleichen Maße wie hochwertiges Fleisch gemessen werden.

Letzte Depeschen.

Der amtliche französische Bericht.

WTB. Paris, 5. April. Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittag: In den Argonnen haben wir deutsche Stellungen, besonders in der Umgebung von Montfaucou und Malancourt besessen. Westlich der Maas gemächlich heftige Gefechtskämpfe von Avocourt bis Malancourt. Die Deutschen haben gegen die durch unsere Gegenangriffe wiederhergestellte Front Douaumont-Bazur keinen Angriffsversuch gemacht. Unsere Batterien waren gegenüber den feindlichen Stellungen in dieser Gegend ganz besonders tätig. Der Feind hat nur schwach geantwortet. Westlich vom Priesterwald ist eine starke feindliche Erdungsabteilung durch Gewehrfeuer zertrümmert worden. Im Elsch haben unsere Batterien Proviantsolonnen auf der Straße Thann-Mülhausen unter Feuer genommen.

Der Abendbericht lautet: Nördlich der Maas und in den Argonnen führten unsere Batterien ein wirksames Feuer auf feindliche Anlagen aus. Westlich der Maas misglückte ein feindlicher Angriff, der gegen 2 Uhr nachm. gegen das Dorf Saucourt gerichtet wurde, vollständig. Westlich der Maas wurde die Befestigung im Laufe des Tages mit großer Heftigkeit wieder aufgenommen. Auf unsere Front zwischen Douaumont und Bazur richteten die Deutschen gegen 3 Uhr nachm. einen sehr starken Angriff auf unsere ersten Linien, die ungefähr 300 Meter über dem Dorfe Douaumont gelegen sind. Die aufeinander folgenden Sturmwellen, denen kleine Infanterieabteilungen folgten, wurden durch unser Speerfeuer und unser Maschinengewehr- und Infanteriefeuer niedergemäht und mußten in Unordnung zum Chauffeurwege zurückflüchten, wo unsere Artillerie durch konzentrisches Feuer dem Feinde beträchtliche Verluste beibrachte. Nördlich des Caillette-Waldes rühten unsere Truppen im Laufe des Tages weiter vor. In der Woore Artillerielamp in den Argonnen auf dem Fuß der Maasböden. In den Argonnen verhalten die Deutschen nach lebhafter Befestigung unserer Stellen südlich Oberjept an unsere Schützengräben heranzukommen, wurden jedoch durch unser Speerfeuer in ihre Linien zurückgeworfen. In der Nacht zum 4. April warf unsere Artillerie 4 Granaten auf dem Bahnhof Wabrun-Koma. Belgischer Bericht: Heftige Artillerietätigkeit an den Zugängen von Dismuiden sowie in der Gegend von Steenrate.

Verfunkt.

T. U. London, 5. April. Ein Lloydbericht meldet: Das Dampfschiff „Perth“ aus Glasgow ist zum Sinken gebracht worden. 6 Mann der Besatzung sind ertrunken, 8 wurden gerettet.

T. U. London, 5. April. Ein Lloydbericht meldet, daß das norwegische Dampfschiff „In“ verfunkt wurde. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dye; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eigenen Brinkmann; Beullien, Vermischtes um: J. B. Siegfried Dye; für Unterhaltungsblatt und Belletristik: Hans Rittenstet; für den Anzeigenteil: Albrecht Barth. Druck und Verlag von Otto Seidel. Sämtlich in Halle a. S.



Denkt an uns! Sendet
Galem Aleikum
(Hohlmundstücker)
Galem Gold
(Goldmundstücker)
Zigaretten.
Willkommenste Liebesgabe!
 Preis NI 3/4 4 5 6 8 10
 3/4 4 5 6 8 10 Pfd. Stück.
20 Stück feldpostmäßig verpackt 100 Porto frei!
30 Stück feldpostmäßig verpackt 100 Porto frei!
 Orient Tabak u. Cigarettenfabr. Veridze Dresden.
 Im Hugo Zitz, Hoflieferant S. H. Königs v. Sachsen.

Regenmäntel! Schöne Neuheiten in allen Farben **Loewendahls**
 von Mk. 24 an, bei

